



Unterföhringer Schulcampus wird Bildungsfabrik für 2.000 (!) Schüler

Die bisherigen Planungen des Unterföhringer Gymnasiums waren gemäß ursprünglichem Gemeinderatsbeschluss auf ein vierzügiges Gymnasium mit einer Gesamtschülerzahl von rund 1000 Gymnasiasten und die Möglichkeit auf Erweiterung des Schulgebäudes bei Bedarf ausgerichtet.

Gemäß aktuellem Schulbedarfsplan ist diese Größenordnung für Unterföhring und den Landkreis München ausreichend. Auf Grundlage der prognostizierten Zahlen wird bis 2035 mit einer Schülerzahl von 645 Gymnasiasten aus dem Landkreis München gerechnet. Dies hat zur Folge, dass bei einem vierzügigen Gymnasium für 1000 Schüler rund 350 Gastschüler (z.B. aus München) das Unterföhringer Gymnasium besuchen können.

In der Gemeinderatssitzung vom 18. Mai 2017 wurde vom Architekturbüro Felix und Jonas bestätigt, dass sich das von der Staatsregierung beschlossene G 9 bei neuer Raumzuordnung im bisher geplanten Unterföhringer Schulcampus abbilden lässt.

Im Verlauf der Sitzung formte sich jedoch eine geschlossene Allianz aus CSU, SPD und GRÜNEN mit dem Begehren, das für ursprünglich 1000 Gymna-

siasten zuzüglich 400 Grundschüler locker-luftig mäandernd geplante Schulensemble nunmehr mit einem fünfzügigen Gymnasium zu bauen und deshalb den Schulkomplex bereits im Vorfeld gebäudetechnisch in Richtung Osten zu erweitern (s. Grafik). Die CSU will dabei dem Freistaat Bayern und der Stadt München entgegenkommen, die SPD zielt darauf, Unterföhring ganz im Sinne der Metropolregion weiterzuentwickeln und die GRÜNEN äußerten ihre Sorge um eine mögliche Containerlösung im Fall einer später eventuell notwendigen Gymnasiumserweiterung.

Keine der drei Fraktionen hatte ein Problem damit, dass mit einer derartigen Entscheidung die Interessen der Unterföhringer ignoriert werden und erheblicher zusätzlicher Verkehr ausgelöst wird. Auch der Kreistagsantrag der SPD unter dem Titel „Schulen brauchen Ruhe und Platz für Pädagogik“, die Schülerzahl zur Vermeidung von „Massenschulen“ bei Schulneubauten auf 1000 zu begrenzen, spielte plötzlich keine Rolle mehr.

In Folge dessen wurde bei der GR-Sitzung am 18. Mai 2017 in einer Kampfabstimmung von einer Mehrheit aus CSU, SPD und GRÜNEN ein fünfzügiges Gymnasium in und nicht für



Inhalt

Unterföhringer Schulcampus wird Bildungsfabrik für 2.000 (!) Schüler	1-2
Jahreshauptversammlung - wichtige Themen auf den Weg gebracht.....	3
Konnexitätsprinzip – Wer anschafft, muss zahlen.....	3-4
PWU-Fraktion gleicht Arbeitsprogramm 2014-2020 mit Erreichtem ab.....	4

Termine

Di, 20.06.17, 19:30 Uhr:
PWU-Treff, Hackerbräu
So, 09.07.17, 14:00 Uhr:
PWU-Radltour
Di, 11.07.17, 19:30 Uhr:
PWU-Treff, Hackerbräu
Sa, 24.02.18, 18:00 Uhr:
PWU-Rocknacht

Unterföhringer Schulcampus wird Bildungsfabrik für 2.000 (!) ... (Forts.)

Unterföhring beschlossen. Die PWU stimmte mit 10 Stimmen geschlossen gegen diese „Hopplahopp“-Vergrößerung des neuen Unterföhringer Schulcampus.

Jenseits allen parteipolitischen Geplänkels halten wir als PWU die mehrheitliche Entscheidung von CSU, SPD und GRÜNEN für eine in vorseilendem Gehorsam größere Dimensionierung des Unterföhringer Gymnasiums mit bis zu 50 % mehr Gymnasiasten aus folgenden Gründen für falsch:

- Ein Schulcampus für nunmehr bis zu 2000 (!) Schüler (Gymnasium + Grundschule) bedeutet einen unpersönlichen Mammutschulbetrieb. Dies entspricht definitiv nicht den Vorstellungen der Parteilosen Wählerschaft Unterföhring.
- Diese weit überdimensionierte Schule bedeutet eine Einladung an das neue Monstriedlungsgebiet im Münchner Nordosten (mit bis zu 33.000 zusätzlichen Einwohnern und bis zu 13.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen). Es ist aus Sicht der PWU in erster Linie Aufgabe Münchens, für dieses neue Wohngebiet ausreichend Schulen zu schaffen und nicht Aufgabe der Landkreismunicipien. Es wird durch dieses neue Siedlungsgebiet ohnehin zusätzlicher Verkehr

produziert, der zum großen Teil über Unterföhringer Flur abgewickelt werden soll.

- Die Ausweitung der Schule wird (auf bereits heute überlasteten Straßen) zusätzlichen Verkehr in Richtung Unterföhring unweigerlich anziehen. Dabei muss man sich vor Augen führen, dass CSU und SPD eine adäquate Ertüchtigung des Kreises bei der Allguth-Tankstelle aus nach wie vor logisch nicht nachvollziehbaren Gründen verhindert und damit schon jetzt die Staus in diesem Bereich festgeschrieben haben. **Wie muss sich die Situation erst darstellen, wenn 1000 Schüler aus dem Bereich München täglich nach Unterföhring und wieder zurückfahren bzw. gefahren werden? Das treibt die Verkehrsbelastung für die Unterföhringer weiter in die Höhe. Es wird doch wohl nicht ernsthaft erwartet, dass die ohnehin schon hoffnungslos überlasteten öffentlichen Verkehrsmittel diese Mehrbelastung wirksam auffangen können.**

Diesen zusätzlich und bewusst durch eine politische Fehlentscheidung generierten Verkehr hätten wir als Parteilose Wählerschaft Unterföhring sehr gerne vermeiden wollen.

Die Interessen der Unterföhringer Schüler und der Schüler des Landkreises stehen aufgrund des mehrheitlichen GR-Beschlusses nun nicht mehr im Vordergrund bei dem lange und heiß ersehnten sowie hart erkämpften Gymnasium Unterföhring, sondern vielmehr die Interessen der Münchner Schüler. Gemeinderat Weingärtner hat dem Bürgermeister vorgeworfen, eine Käseglocke über Unterföhring stülpen zu wollen. Bürgermeister Kemmelmeier wurde jedoch von den Unterföhringern gewählt, um ihre Interessen zu vertreten. Dies als Vorwurf zu formulieren ist nicht nur unverständlich, sondern wohl auch nur noch ideologisch nachvollziehbar. Nicht nur Bürgermeister Andreas Kemmelmeier, auch die Parteilosen Wähler Unterföhring sehen die Belange der Unterföhringer Bürger an vorderster Stelle.

Zum großen Bedauern der PWU wurde in diesem Fall bewusst eine klare Entscheidung gegen die Interessen der Unterföhringer Bevölkerung getroffen, eine Politik, die wir als PWU so nicht nachvollziehen können.

Gertrud Mörike,
PWU-Gemeinderätin

PS: Lesen Sie hierzu den Artikel auf Seite 3 zum „Konnexitätsprinzip“ ►

Jahreshauptversammlung - Wichtige Themen auf den Weg gebracht

Zur diesjährigen PWU- Jahreshauptversammlung im Hackerbräu waren 58 Mitglieder und Gäste erschienen. Darunter 54 stimmberechtigte Mitglieder. Als Gäste konnten wir wie jedes Jahr Herrn Nikolaus Kraus- MDL und Kreisverbandsvorsitzender der Freien Wähler begrüßen. Als weiteren Gast konn-

ten wir dieses Jahr Frau Dr. Ilse Ertl, Kreisgeschäftsführerin der FW- München Land in unseren Reihen begrüßen.

Nach der Begrüßung unseres Vorsitzenden Andreas Kemmelmeier, stieg die Versammlung in Tagesordnungspunkte ein. Nach Feststellung der ord-

nungsgemäßen Einladungen, wurde einstimmig das Protokoll der letzten JHV genehmigt.

Anschließend berichtete unter Tagesordnungspunkt 3 der Vorsitzende Andreas Kemmelmeier über die im Berichtszeitraum durchgeführten Veranstaltungen, die Mitgliederentwicklung

Jahreshauptversammlung - Wichtige Themen auf den Weg ... (Forts.)

der PWU, sowie über die regelmäßigen Veranstaltungen wie beispielsweise die sehr gut angenommenen PWU-Treffs, welche regelmäßig in der Gemeinderatssitzungswoche abgehalten werden.

Im Bericht des Fraktionsvorsitzenden Manuel Prieler (unter TOP 4), wurden die wichtigsten Themen aus der Fraktionsarbeit des vergangenen Jahres (PWU-Anträge) sowie die zukünftig anstehenden Themen erörtert.

Unter Tagesordnungspunkt 6 wurde durch Marianne Rader der Kassenbericht dargestellt.



Nach einer kurzen Aussprache zu den vorangegangenen Tagesordnungspunkten, folgte der Bericht der Revisoren, welcher die Kassenführung als einwandfrei bestätigte.

Besonders erfreulich waren auch wieder die vielen Ehrungen für die lang-

jährigen Mitgliedschaften einiger unserer Mitglieder.

Der Vorsitzende Andreas Kemmel-meyer beendete um 22:35 Uhr die Mitgliederversammlung mit einem großen Dankeschön an alle Mitglieder für ihre Unterstützung.

Somit konnte direkt folgend der Vorstand einstimmig entlastet werden.

Unter TOP 10 wurde einstimmig eine Satzungsänderung beschlossen.

Michael Kessele,
1. Schriftführer

Konnexitätsprinzip – Wer anschafft, muss zahlen

Betina Mäusel, Zweite Bürgermeisterin, hat dem Gemeinderat vor der Abstimmung zum Gymnasium erklärt, dass nach der vorliegenden Planung der Staat nichts finanziert, weil das Konnexitätsprinzip hier nicht greift. Sollte der Gemeinderat allerdings eine Erweiterung beschließen, kommt das Konnexitätsprinzip zur Anwendung, heißt – den Schulanbau bezahlt der Freistaat Bayern. Frau Mäusel hat deshalb in der Sitzung den mündlichen Antrag auf Erweiterung des Gymnasiums Unterföhring gestellt. CSU, SPD und Grüne haben dann die Erweiterung beschlossen. Jetzt können wir uns freuen, dass die Gemeinde eine Monsterschule bekommt, deren Vergrößerung angeblich

vom Freistaat finanziert wird. Ich wünsche Frau Mäusel und der Gemeinde Unterföhring, dass diese Aussagen dann auch tatsächlich so eintreffen. Allein mir fehlt der Glaube..

In dieser Gemeinderatssitzung lag jedem Gemeinderat der Informationsbrief vom Bayerischen Städtetag vor. Auf Seite 9 kann man zum Kostener-satz für das G9 nachlesen: „Die Kommunen haben mit dem Entschluss der CSU-Landtagsfraktion und der Staats-regierung Klarheit bekommen über die Verlängerung der Laufzeit des Gymnasiums auf neun Jahre. Auf viele Städte werden für den Bau und Ausbau von Gymnasien höhere Kosten zukommen. Der Bayerische Städtetag

begrüßt, dass das Konnexitätsprinzip zur Anwendung kommt: Der Freistaat muss den Kommunen zusätzliche Investitionskosten einer Gymnasialreform ersetzen. Wenn der Freistaat das neunstufige Gymnasium einführt, muss er für die Mehrkosten bei der Umstellung aufkommen.“

Die Architekten hatten bei der kleineren Variante des Unterföhringer Gymnasiums bereits das 9stufige Gymnasium eingeplant. Somit waren meiner Meinung nach die Voraussetzungen für die Anwendung des Konnexitätsprinzips bereits gegeben. Es wären also eventuelle Zuschüsse auch ohne Anbau zu erhalten gewesen. Eine Erweiterung war für die Anwendung des Konnexitätsprinzips

Konnexitätsprinzip – Wer anschafft, muss zahlen (Forts.)

nicht notwendig.

Weiter heißt es in dem Artikel: „Im Rahmen der Gesetzgebungsverfahren im Bayerischen Landtag muss nun die Kostenerstattung vor allem für den Bau und Ausbau von Schulen geregelt werden.“

Schlussfolgerung: Fakt ist deshalb heute, dass zur Finanzierung noch nichts geregelt ist. Weder Kosten der Erweiterung noch deren langfristige Folgekosten stehen bislang fest. Wir müssen uns überraschen lassen, ob und in welcher Höhe der

Freistaat Bayern die Erweiterung des Gymnasiums für Unterföhring zu finanzieren bereit sein wird.

Edith Michal,
Gemeinderätin

PWU gleicht Arbeitsprogramm 2014-2020 mit Erreichtem ab

Anfang Mai fand die inzwischen sechste Klausur der PWU nach der Kommunalwahl 2014 statt. Die Vorstandschaft sowie die PWU Gemeinderatsfraktion trafen sich in gemütlicher Atmosphäre zum Meinungsaustausch.

Hauptthema der Klausur war die Erarbeitung der Halbzeitbilanz dieser Legislaturperiode. Grundlage hierfür war das „Arbeitsprogramm der PWU 2014–2020“, welches im Vorfeld auf die Kommunalwahl 2014 flächendeckend in Unterföhring verteilt wurde.

Die Hauptthemen aus dem damaligen Arbeitsprogramm möchte ich nochmals kurz in Erinnerung rufen:

- Moderne Bürgerbeteiligung
- Soziales ist eine Herzensangelegenheit
- Ehemaliges BAHOG-Gelände
- Weiterführende Schulen
- Bauhofverlagerung
- Rathausanierung
- Sportparkerweiterung
- Hallenbad/Ausbau der Geothermie

Diese einzelnen Themenbereiche wurden im Detail anhand unseres Arbeits-

programmes durchgearbeitet. Bereits jetzt kann bilanziert werden, dass weit mehr als die Hälfte der Themen, welche die PWU während des Wahlkampfes angekündigt und in ihr Arbeitsprogramm mit aufgenommen hatte, umgesetzt wurden, sich in der Umsetzung befinden oder aber vom Gemeinderat beschlossen wurden.

In den verbleibenden drei Jahren dieser Legislaturperiode werden wir nun zusammen mit Bürgermeister Andreas

Kemmelmeyer versuchen auch noch die restlichen Themen umzusetzen, so dass wir zum Ende dieser sechs Jahre eine positive Bilanz ziehen können.

Dazu werden wir nochmals unser Arbeitsprogramm beleuchten und Ihnen, liebe Unterföhringer Bürgerinnen und Bürger, unsere Bilanz im Detail vorstellen.

Manuel Prieler
Fraktionsvorsitzender



V.l.n.r.: Dr. Günther Ernstberger, Manuel Prieler, Michael Kessele, Günter Peischl, Edith Michal, Simone Guist, Andreas Kemmelmeyer, Rainer Richard, Marianne Rader, Andreas Huber, Udo Guist, Ingo Müller, Gertrud Mörike, Hans Zehetmair

Impressum

Herausgeber

Parteilose Wählerschaft
Unterföhring e. V. (PWU)

Redaktion

Dipl.-Betr.W. (FH) Ingo Müller,
Dr. Günther Ernstberger,
Michael Kessele

Konzeption und Gestaltung

Dipl.-Betr.W. (FH) Ingo Müller

Spenden

Münchner Bank eG,
Kto: 754 73 40, BLZ: 701 900 00

V.i.S.d.P.

Andreas Kemmelmeyer
Ahornstraße 13
85774 Unterföhring
Tel. 089 / 693 07 42 4
info@pwu-unterfoehring.de
www.pwu-unterfoehring.de